STADT STEIN AM RHEIN

1. Sitzung des Einwohnerrates

vom Freitag, 26. Februar 2010, 19.00 – 22.00 Uhr
Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Cantieni Arthur	SP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat		
	Breitenmoser Sabine	SP	
	Derrer Jörg	SP	Stimmenzähler
	Hilty David	FDP	
	Käser Werner	FDP	
	Knecht Ursula	FDP	
	Lengwiler Guido	Pro Stein	
	Marty Franz	CVP	Vizepräsident
	Oster Rolf	SP	
	Schlatter Richard	Pro Stein	Aktuar
	Ullmann André	Pro Stein	
	Weibel Urs Dr.	SP	
	Stadtrat		
	Hostettmann Franz	Stadtpräsident	
	Böhni Ernst	Werkreferent	
	Hug Beat	Baureferent	
	Meile René	Sozialreferent	
	Schilling Heidi	Finanzreferentin	
	Verwaltung		
	Brügel Stephan	Stadtschreiber	
	Hostettler Erwin	Polizist/Weibel	
Entschuldigt:	Eimer Claudia Pia	Parteilos	
	Rietmann Katharina	Pro Stein	
	Schmid Werner	FDP	Stimmenzähler
Protokoll:	Vögeli Werner	Protokollführer	

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Dezember 2009
2. Interpellation Werner Schmid „Stadt Planung Stadtbus“
3. Postulat Werner Käser, Aufwertung und Bewirtschaftung Bootshafen
4. Polizeiverordnung, Anpassung Art. 3
5. Bericht und Antrag Planungskredit Sporthalle
6. Bericht und Antrag Volksmotion Chirchhofplatz
7. Bericht und Antrag Volksinitiative „Auch Vor der Brugg“
8. Kreditantrag Erneuerung ICT-Einrichtungen an den Schulen
9. Motion Arthur Cantieni: Änderung Geschäftsordnung des Einwohnerrates, Fristenverlängerung
10. Ersatzwahl eines Stimmenzählers für die restliche Amtsperiode 2009 – 2012
11. Allgemeine Umfrage

* * * * * * * * * * * *

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni begrüsst alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Jahres 2010, speziell den neuen Stadtschreiber Stephan Brügel. Angesichts der reich befrachteten Traktandenliste verzichtet er auf eine Antrittsrede. Er wünscht sich für sein Präsidialjahr faire und tolerante Verhandlungen.
Für den krankheitshalber abwesenden Werner Schmid wird Werner Käser stillschweigend zum Stimmenzähler für die heutige Sitzung gewählt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

* * * * * * * * * * * *

Traktandum 1
Protokollgenehmigung, Sitzung vom 11. Dezember 2009

Sabine Breitenmoser und Rolf Oster sind in der Präsenzliste zweimal aufgeführt, als anwesend und als entschuldigt. Beide waren für diese Sitzung entschuldigt.

Mit dieser Änderung wird das Protokoll genehmigt.

Traktandum 2
31 09.05.020 VERKEHR, Bus, Ortsbus
Stadtbus, Interpellation Werner Schmid und drei Mitunterzeichnende: Begründung und Beantwortung

Für den abwesenden Werner Schmid, FDP begründet **Ursula Knecht, FDP** die Interpellation. Der Stadtbus wird zurzeit in verschiedenen Kommissionen diskutiert.
Die Interpellanten möchten erfahren, was bereits vorhanden ist, wie er finanziert werden soll, und stellen daher vier Fragen. Sie hoffen auf eine ausführliche Antwort.

Stadtpräsident Franz Hostettmann antwortet wir folgt: Bereits im Leitbild von 1997 wurde angeregt, die Einführung eines Stadtbusses zu prüfen, um den lokalen motorisierten Verkehr und den Besucherverkehr zu reduzieren. Aus finanziellen Gründen wurde damals auf den Versuch mit einem Rufbus verzichtet. Das Ziel, die Bewohner Steins und der umgebenden Ortschaften daheim abzuholen und sie wieder nach Hause zu bringen, um einerseits die Altstadt vom motorisierten Verkehr zu entlasten und sie zugleich als attraktiven Einkaufsort zu erhalten, war schon damals und ist auch heute noch ein Ziel. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie durch die Windler – Stiftung zum eventuellen Bau eines Schräglifts zur Burg Hohenklingen wurden die Kosten eines Lifts demjenigen eines Busses gegenübergestellt. Die Investitionen für den Lift wären weit höher gewesen als die Anschaffung zweier Kleinbusse, die Betriebskosten für den Bus aber wurden jährlich 400'000 Franken höher eingeschätzt.
Im Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs vom 9. Mai 2005 wird in Artikel 9 festgehalten, dass der Ortsverkehr in die Zuständigkeit der Gemeinden fällt. Der Kanton leistet auf Grund einer Vereinbarung Beiträge an die ungedeckten Kosten in der Höhe von 15 bis 25%. Der Stadtrat hält grundsätzlich daran fest, dass zusammen mit den Nachbargemeinden alle Möglichkeiten zu prüfen sind, in welchem Rahmen und mit welchen Kosten ein regionaler Bus betrieben werden könne. Das ist auch heute ein erklärtes Ziel der politischen Gemeinde Wagenhausen, welche grosses Interesse an einer regionalen Busverbindung bekundet und welche die Idee einbrachte, das Anliegen zusammen mit den Gemeinden Eschenz, Hemishofen, Kaltenbach, Rheinklingen und Stein am Rhein, abgestimmt auf den Fahrplan der Züge, zu diskutieren. Die Gespräche verzögerten sich in der Folge.
Die Mitglieder der Verkehrskommission sind über die Situation informiert. Es wurde ihnen mitgeteilt, die Gespräche würden noch vor Ende 2009 stattfinden. Die Aussprache fand dann auch am 9. November in Kaltenbach statt.
In der Zwischenzeit wurden bereits weitere Schritte unternommen. Die Gemeindepräsidenten gaben der Firma Infras den Auftrag, eine Studie zu verfassen. Die nächsten Sitzungen sind ebenfalls bereits vorgesehen. Der Stadtrat hat den notwendigen Kredit von 16'100 Franken gesprochen; die anderen Gemeinden übernehmen die Restkosten. Ziel dieser Studie ist es, das Liniennetz und die Tabellenfahrpläne darzustellen, die Betriebszeiten zu definieren, eventuell in Varianten, und die Kosten auf Grund verschiedener Angebote zu ermitteln. Weiter soll abgeklärt werden:

- Anforderungen an die Fahrzeuge, Grösse, Motorisierung, Komfort, Umwelt;
- Massnahmen, um bei unvorhergesehenen Spitzen die notwendige Flexibilität sicherzustellen;
- Auswirkungen auf die Regionalbuslinien;
- detaillierte Kostenschätzung auf Basis des Fahrzeugbedarfs;
- Kurskilometer, Fahrplanstunden;
- Festsetzung der Tarife;
- Abschätzung der ungedeckten Betriebskosten;

- Überlegungen zur Finanzierung durch die Gemeinden und eventuell durch Dritte (Kanton);
- Infrastrukturbedarf;
- Haltestellen;
- Terminprogramm.

Das ist der Stand der Planung. Die Gemeindevertreter liessen durch anerkannte Fachplaner Offerten für eine Machbarkeitsstudie einholen. Dies als Antwort auf die erste Frage.
Frage 2: Verhandelt wurde mit den Gemeinden Eschenz, Hemishofen, Wagenhausen, Stein am Rhein. Eschenz ist mit der Turbo und dem Postauto sehr gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen. Der Gemeinderat Eschenz ist aber, je nach finanziellen Konsequenzen, bereit, als Zeichen der Solidarität an den Gesprächen teilzunehmen. Wagenhausen legt grossen Wert auf eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr, Rheinklingen ebenfalls, aber in erster Linie Richtung Etzwilen. Hemishofen erwähnt die Durchfahrt der Busse durch den Ortskern und bemängelt die ungenügenden Frequenzen. Mit einem regionalen Bus könnte die Anbindung an Stein am Rhein verbessert und der Dorfkern vom Bus entlastet werden. Stein am Rhein könnte von der Durchfahrt durch die Busse der DB entlastet werden. Neben den übergeordneten Verbindungen sollte eine Verbindung Bahnhof – Rathausplatz – Schifflände - Blaurockstrasse – Zwinglistrasse - Burg Hohenklingen eingerichtet werden, eventuell unter Einbezug einer Haltestelle beim Altersheim.
Frage 3: Mit den SBG finden keine Verhandlungen statt. Zu gegebener Zeit wird geprüft, ob die Gesellschaft bei der Konzeptstudie oder bei der Fahrplanvergabe berücksichtigt werden könnte. Zudem wird abgeklärt, ob und unter welchen Voraussetzungen ein deutsches Transportunternehmen ohne grenzüberschreitenden Verkehr in der Schweiz Personen befördern könnte. Auch bei der Ausschreibung des Leistungsauftrags kann die SBG eingeladen werden. Deshalb wird sie nicht an den Gesprächen der Evaluation beteiligt, sonst wäre das nicht mehr möglich.
Frage 4: Für den Stadtrat ist es zu früh, die Auswirkungen eines lokalen Busnetzes auf den öffentlichen Verkehr zu prüfen und festzulegen. Das wird erst möglich sein, wenn die Varianten vorliegen und wir wissen, wie unser lokaler ÖV gestaltet werden kann. Auch die Anschaffung schadstoffarmer Fahrzeuge wird geprüft, aber erst dann, wenn Anschaffungen notwendig werden. Allenfalls wird das im Rahmen der Ausschreibung für die Beschaffung des Fahrzeugparks zu diskutieren sein, wenn die Anforderungen an den Fahrzeugpark definiert sind.

Werner Käser, FDP stellt den Antrag auf Diskussion. Dieser wird einstimmig angenommen.

Werner Käser erkundigt sich, in welchem Zeithorizont Ergebnisse zu erwarten seien.
Stadtpräsident Franz Hostettmann antwortet, es bestehe folgender Zeitplan:

- Projektstart Mitte Januar 2010
- Auslegeordnung und Konzeptbeurteilung Ende Februar bis Mitte März
- Konkretisierung der besten Variante bis Ende April;
- Schlussbericht Ende Mai 2010.

Ursula Knecht, FDP dankt im Namen der Interpellanten für die ausführliche Antwort. Sie freut sich, ende Mai vom Stadtrat wieder etwas zu hören.

Traktandum 3
32 00.45.000 BAU, Wasserbau, Bootshafen
Bootshafen Stein am Rhein, Massnahmen zur Aufwertung und Nutzung - Postulat Werner Käser: Begründung, Beantwortung und Überweisung

Werner Käser, FDP begründet sein Postulat. Er hat letzten Sommer mehrmals beobachtet, dass Bootsbesitzer für einen Besuch des Städtchens im Steiner Hafen anlegen wollten, dann aber resigniert abdrehten und weiterfuhren, weil sie keine Möglichkeit sahen, ihr Boot in den Hafen zu bringen und dort für zwei oder drei Stunden zu vertäuen. Damit geht Stein am Rhein eine ganze Kategorie solventer Besucher verloren. Auch die einheimischen Bootsbesitzer sehen sich oft mit Schwierigkeiten konfrontiert, wenn sie im Hafen anlegen wollen. Grund dafür sind nicht die fehlenden Liegeplätze; diese könnten wir auf Grund der kantonalen Gesetze kaum vermehren. Es ist vielmehr der ungenügende Zustand der heutigen Anlagen. Eine Verbesserung wäre mit vertretbaren finanziellen Mitteln möglich und würde mittelfristig zusätzliche Einnahmen für die Stadtkasse bringen. Verglichen mit den Bootshäfen umliegender Gemeinden haben wir das mit Abstand schwächste Angebot. Hier können wir aufholen. Er sieht dafür zwei Punkte.
Aufwertung:
An der Hafenmauer sollten für die temporäre Benützung zusätzliche Ringe, allenfalls auch Bojen montiert werden. Diese unterstehen nicht den gesetzlichen Restriktionen wie feste Plätze. Die „Gerbiröhren“ könnten abgeschnitten werden; damit würde ein Hindernis für anlegende Boote beseitigt. Der Gästesteg könnte um etwa zehn Meter verlängert werden. Auch dies würde zusätzliche Anlegeplätze für Gäste ermöglichen. Gästeplätze dürfen während der Saison nicht durch Dauerlieger belegt werden. Zur Erhöhung der Sicherheit für die Mieter sollte der rutschige Metallbelag des Stegs durch einen Gitterrost ersetzt werden, wie er beim Gästesteg bereits vorhanden ist. Weitere Massnahmen wären im Gespräch mit den Betroffenen (Fischer, Bootsclub, Tourismus) zu prüfen.
Nachhaltigere Bewirtschaftung:
Freistehende Bootsanlegeplätze sollten besser genutzt werden können. Die Aufsicht über den Bootshafen sollte intensiviert und gewährleistet werden, beispielsweise durch einen nebenamtlichen Hafenmeister. Vielleicht liesse sich der heutige Schiffsanbinder dafür gewinnen. Andere Gemeinden machen damit gute Erfahrun- gen.
Von den Besuchern könnte eine Hafengebühr verlangt werden, wie dies die anderen Gemeinden tun. Der Einzug der Gebühr funktioniert dort auch bei Abwesenheit des Hafenmeisters einwandfrei.
Der Steg für Fahrgastschiffe privater Schiffsbetriebe könnte in den wenig genutzten Randzeiten für Gäste freigegeben werden.
Für die fachgerechte zukünftige Bewirtschaftung ist die Schaffung einer ständigen Hafenkommission zu prüfen; allenfalls könnte das auch die Rheinuferkommission übernehmen.
Zu den Finanzen: Stein am Rhein erwirtschaftet mit 178 Bootsplätzen pro Platz einen Ertrag von 140 Franken, Eschenz mit 229 Plätzen 246 Franken, Ermatingen mit 402 Plätzen 174 Franken. Die Einnahmen aus den Gebühren fliessen in Stein am Rhein seit Jahren vollumfänglich in den Parkplatzfonds. Die Ausgaben für die dringenden Sanierungen könnten ebenfalls diesem Fonds entnommen werden. Die Aufwendungen, in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt jährlich 10'000 Franken, werden jetzt im Konto „Rettungsboot“ verbucht.
Der Aufwand für den Bootshafen ging in den letzten Jahren kontinuierlich zurück, von 223 Stunden im Jahr 2005 auf 72 Stunden 2008. Bei einem angenommenen Stun-

denansatz von Fr. 60.- ergibt sich ein durchschnittlicher Aufwand von Fr. 9'795.-; 2008 betrug dieser aber lediglich noch Fr. 2'839.-.
Ermatingen verlangt von den eintreffenden Gästen eine Gebühr von Fr. 10.-, was bei 500 Übernachtungen im Jahr 2008 einen Beitrag von 5'000 Franken an die Gemeinderechung ergab.
Werner Käser hält fest, dass dies keine Forderungen, sondern lediglich Vorschläge an den Stadtrat sind.
Für die Umsetzung der erwähnten Massnahmen dürften Kosten von maximal 15’000 Franken entstehen. Dieser Betrag könnte dem Parkplatzfonds entnommen werden, wohin ja seit Jahren auch die Einnahmen fliessen. Die dringendsten Massnahmen kann der Stadtrat in eigener Kompetenz umsetzen. Es empfiehlt sich, zuvor das Gespräch mit den betroffenen Institutionen zu suchen. Für weitergehende Massnahmen wäre die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu prüfen.

Stadtpräsident Franz Hostettmann führt aus, der Stadtrat halte vorab fest, dass er bei der Beantwortung der Fragen zur Interpellation Richard Schlatter am 23. Oktober 2009 bereits ausführlich über die Situation orientiert habe. Die Rheinparzellen GB Nr. 1130 und Nr. 1722, auf denen sich die Bootsplätze befinden, stehen im Eigentum des Kantons Schaffhausen. Der Stadtrat besitzt lediglich eine Konzession zur Bewirtschaftung der Bootsliegeplätze. Die Anzahl Plätze ist vorgegeben. Die Konzession sieht die Bewirtschaftung der Bootsplätze vor. Bei der Beantwortung der Interpellation Schlatter wurde auch auf die unbefriedigende Situation mit den Gästeplätzen hingewiesen und in Aussicht gestellt, dass sowohl verwaltungsinterne Änderungen in der Zuständigkeit als auch die Überarbeitung des Reglements über die Bootsplätze vorgesehen sind.
Auch in der Arbeitsgruppe Neugestaltung Schifflände bis Strandbad ist das neue Konzept aufgezeichnet. Dort wird versucht, die notwendigen Massnahmen etappenweise umzusetzen. Für grössere bauliche Massnahmen ist in erster Linie der Kanton als Besitzer der Gewässer zuständig. Die dem Kanton jährlich für die Bootsplätze zu entrichtende Gebühr beträgt rund Fr. 58'000.--. Der Stadtrat erachtet es als gegeben, dass in erster Linie der Kanton grössere Investitionskosten tragen soll. Für die Stadt ergeben sich jährliche Einnahmen von rund Fr. 25'000.--, die zur Deckung des administrativen Aufwandes, den Kleinunterhalt und die Reinigung der Stege verwendet werden. Nach seinerzeit schwierigen Verhandlungen hat sich der Stadtrat entschlossen, die Konzession zu beantragen, um im Interesse der Einwoh- nerinnen und Einwohner die Kontrolle über die Bewirtschaftung zu behalten.
Das Anliegen des Postulanten, für die Gästeplätze Gebühren zu erheben, um einen höheren Gewinn zu erzielen, ist auf den ersten Blick einleuchtend, der Vollzug jedoch ist umso schwieriger. Laut Konzession verfügt die Stadt über zwanzig Gästeplätze. Selbstverständlich könnte man eine Anlegegebühr von Fr. 6.-- bis Fr. 10.-- pro Boot erheben. Die Kosten für den Gebühreneinzug, den Kontrollaufwand und die Signalisation könnten durch die Gebühreneinnahmen jedoch kaum gedeckt werden. Der Stadtrat kann sich mit der heutigen Anzahl Gästeplätze keine Ertragssteigerung vorstellen und kann das Postulat nicht unterstützen, auch nicht mit Blick auf die Neugestaltung des Rheinufers, bei dem die Neuordnung der Gästeplätze vorgesehen ist. Das Postulat würde den Stadtrat verpflichten, innerhalb von sechs Monaten Bericht und Antrag zu unterbreiten. Bis dahin sind weder das Reglement noch die Rheinufersanierung ausgearbeitet, darum kann in dieser Zeit nicht wesentlich mehr ausgesagt werden.
Die Rechtsgrundlage für die Gebührenerhebung ist in der Verordnung über die Bootsliegeplätze vom 3. Dezember 1985 festgehalten. Der Einwohnerrat hat die Ge-

bühren, welche für die Bootsplätze am Resa-Steg im Stadtgarten und im Paradiesli sowie für die übrigen Bootsplätze erhoben werden, festgelegt. Für die vorübergehende Belegung durch Wanderboote kann der Stadtrat gemäss Ziffer 4 des Reglements von der Gebührenordnung abweichen. Die Verpflichtung eines Hafenmeisters kann wohl überprüft werden. Aber die Erfahrungen zeigen, dass die Gästeboote meist abends kommen, also müsste dieser dann eingesetzt werden. Der Stadtrat ist der Meinung, das könne mit dem Konzept über die Rheinufergestaltung geschehen. Unter diesem Aspekt ist dieses Postulat nicht notwendig, da ja alles bereits vorgespurt ist und in einem gewissen Zeitrahmen, den wir jetzt noch nicht definieren können, umgesetzt werden soll. Die Kommission soll demnächst wieder einmal zu einer Sitzung eingeladen werden. In zwei bis drei Jahren sollte es so weit sein, dass der Hafen saniert werden kann. Der Kanton ist dannzumal ebenfalls mit einzubeziehen. Deshalb empfiehlt der Stadtrat dem Einwohnerrat, das Postulat abzulehnen. Es könnte ja sowieso erst in zwei bis drei Jahren umgesetzt werden. Um ein paar Ringe für die Gästeboote in die Mauer zu ersetzen, braucht es kein Postulat.

Diskussion:
Werner Käser, FDP antwortet, die Kommission Rheinufergestaltung habe sich bisher nur sehr am Rande mit dem Bootshafen beschäftigt. Der Stadtrat könnte gewisse Massnahmen in eigener Kompetenz sofort realisieren. Dazu braucht es nur den Willen zu handeln. Der Kanton unternimmt auch nichts, wenn Stein am Rhein ihn nicht drängt. Es liegt an uns, unsere Anliegen beim Kanton anzumelden. Er bittet den Rat, das Postulat erheblich zu erklären.
Guido Lengwiler, Pro Stein berichtet, seiner Fraktion sei der Bootshafen ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Richard Schlatter hat vor einigen Monaten in der gleichen Sache einen Vorstoss eingereicht. Der Hafen ist eine wichtige Pforte, durch welche Gäste unsere Stadt betreten. Wir müssen an der Schifflände Pflöcke setzen für die Zukunft. Es muss mit Druck an einer Lösung gearbeitet werden. Das Argument betreffend die Zeit leuchtet ein, aber eine Fristverlängerung ist möglich. Wir dürfen das Thema nicht aus den Augen verlieren, die Rheinuferkommission muss sich intensiver damit beschäftigen. Die Überarbeitung des Reglements, die Sanierung des Bootshafens und die Neugestaltung des Rheinufers müssen dringend angegangen werden. Die Pro Stein will Verbesserungen für alle, für einheimische Bootsbesitzer und für Gäste. Wie sich die Fraktion bei der Abstimmung verhält, lässt sich erst nach gewalteter Diskussion sagen.
Rolf Oster, SP erinnert daran, dass auch er einmal einen Vorstoss in dieser Richtung unternommen, seither aber wenig darüber gehört hat. Die SP ist bezüglich Aufwertung des Hafens geteilter Meinung. Wollen wir überhaupt Gästeboote? Der Steiner Hafen aber muss aufgewertet werden. Ein Hafenmeister gehört zu einem Hafen. Für eine Fristverlängerung hat die Fraktion Verständnis. Persönlich unterstützt Rolf Oster das Postulat. Er verweist auf die Häfen ähnlicher Orte am Bodensee, zum Beispiel denjenigen in Lindau.
David Hilty, FDP erklärt, der Stadtrat müsse nicht innert sechs Monaten schon alles umsetzen. Es genügt, Auskunft zu geben, wann er was wo wie umsetzen will, und das sollte möglich sein.
Stadtpräsident Franz Hostettmann führt aus, auch der Stadtrat befürworte eine Aufwertung der Bootsplätze. Die geplanten Massnahmen wurden schon bei der Interpellation der Pro Stein aufgezählt. Die Arbeitsgruppe Rheinufer arbeitet daran, sucht Lösungen. Im stadträtlichen Bericht in sechs Monaten steht nichts anderes als in der Antwort auf die Interpellation Schlatter. Auch Werner Käsers Bericht enthält nichts, was nicht schon bekannt ist. Ein Vergleich von Stein am Rhein mit Lindau o-

der Überlingen ist falsch. Wir haben 20 Gästeplätze bewilligt; mehr lässt der Kanton nicht zu. Er erinnert an die internationale Vereinbarung der Bodenseekonferenz, welche auch der Kanton Schaffhausen unterschrieben hat. Darin werden die Bootsplätze auf dem Stand von 1996 eingefroren, grosse Boote sollen gegebenenfalls verboten werden. Der Stadtrat hat diesbezüglich bereits Gespräche mit der Regierung geführt und arbeitet seit Jahren an Verbesserungen.
Guido Lengwiler, Pro Stein weist darauf hin, dass auch Doppelnutzungen durch Gäste und Mieter möglich sind, wenn dafür die Infrastruktur geschaffen wird. Diese Lösung würde der Kanton sichern nicht unterbinden. Er will den Stadtrat nicht zusätzlich belasten, den Druck aber mit der Überweisung des Postulates aufrechterhalten. Er bittet, es zu unterstützen. Vielleicht nimmt sich auch eine Subkommission dieses Themas an.
Werner Käser, FDP betont, er wünsche keinen Luxushafen. Er vergleicht Stein am Rhein auch nicht mit Lindau oder Meersburg, sondern zum Beispiel mit Eschenz. Deshalb hat er das Postulat bewusst sehr offen gehalten. Die Interpellation von Richard Schlatter behandelte zur Hauptsache die vermieteten Bootsplätze.
Für **Urs Weibel, SP** rennt das Postulat inhaltlich offene Türen ein. Verbesserungen am Hafen sind möglich, sinnvoll und nötig. Er ist aber im Zweifel, ob diese vorgezogen oder zusammen mit der Neugestaltung des Rheinufers angegangen werden sollen. Braucht es den Druck, muss das Vorhaben vorgezogen werden? Jetzt könnten kleine Massnahmen gezielt angegangen und umgesetzt werden, während die grosse Umgestaltung dann zusammen mit der Schifflände angegangen werden könnte. Deshalb stösst das Postulat auch bei ihm auf Sympathie. **Franz Marty, CVP** wundert sich. Andere Gemeinden im Kanton Thurgau und in Deutschland sind ebenfalls Mitglied der internationalen Bodenseekonferenz, können aber ihre Häfen optimieren, nur Stein am Rhein kann das nicht. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** entgegnet, der Kanton Thurgau habe in seinem kantonalen Richtplan die Möglichkeit festgehalten, die Häfen auszubauen, der Kanton Schaffhausen nicht.

Beschluss:
Der Einwohnerrat überweist das Postulat einstimmig.

Traktandum 4

33 03.35.005 INNERES, Gesetze, Gemeinde
Polizeiverordnung, Teilrevision: Genehmigung

Stadtpräsident Franz Hostettmann erklärt, unsere Polizeiverordnung müsse dem übergeordneten Recht angepasst werden.

Eintretensdebatte
Franz Marty, CVP erklärt, es gebe eine kleine Änderung eines Gesetzes, welches in Stein am Rhein mehr oder weniger vollzogen wird. Viel wird sich nicht ändern. Die bürgerliche Fraktion tritt auf das Geschäft ein und stimmt zu.
Guido Lengwiler, Pro Stein, und **Urs Weibel, SP** signalisieren dasselbe von Seiten der anderen beiden Fraktionen.

Detailberatung
Keine Wortmeldung.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

1. **Art. 3 der Polizeiverordnung vom 5. November 2004 wird geändert. Die Meldepflicht für Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen wird in Anpassung an das Gemeindegesetz (Art. 88) von zehn auf vierzehn Tage geändert.**
2. **Die Änderung tritt auf Beschluss des Stadtrates in Kraft.**

34 00.25.135 BAU, Städtische Gebäude, Schulanlage HOGA
Bau Sporthalle HOGA, Projektierunsgkredit:
Genehmigung

Stadtpräsident Franz Hostettmann erläutert und ergänzt die ausführliche Vorlage. Die Schaffung eines neuen Probenraumes für die Stadtmusik ist notwendig. Wenn in einigen Jahren die Liegenschaft Friedau einer anderen Nutzung zugeführt werden kann, muss der Kindergarten in den heutigen Probenraum der Stadtmusik im Lagerhaus verlegt werden.
In den Umgebungsarbeiten ist auch die Schaffung eines neuen Hartplatzes inbegriffen.
Die Finanzierung des Hallenbaus ist möglich. Die Windler – Stiftung zahlt nach etlichem Zögern und einem Rechtsgutachten einen Beitrag von 5,5 Millionen Franken an den Teil, der den gemeinnützigen und wohltätigen Vereinen dient. Der Kanton hat einen Beitrag von rund 1,4 Millionen zugesichert, nicht nur 400'000 Franken, wie in der Vorlage erwähnt. Somit verbleiben für Stein am Rhein lediglich noch 1,45 Millionen Franken, und das ist aus Sicht des Stadtrates vertretbar.
Der Stiftungsrat tat sich anfänglich schwer mit der Bewilligung eines Beitrages, konnte dann aber auf Grund eines fiktiven Belegungsplanes überzeugt werden, dass die Halle nicht nur der Schule, sondern in wesentlichen Teilen auch den Vereinen dient. Franz Hostettmann dankt insbesondere dem Präsidenten des Stiftungsrates herzlich für seinen Einsatz. Auch die Arbeitsgruppe hat gute Arbeit geleistet. Der Stadtrat bittet, dem Planungskredit zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Ursula Knecht, FDP berichtet, die bürgerliche Fraktion nehme erfreut zur Kenntnis, dass heute Abend über den Planungskredit für die Sporthalle Hoga abgestimmt werden kann. Die bestehende Sporthalle ist in einem desolaten Zustand und entspricht nicht mehr den Bedürfnissen und Anforderungen der Schule und der Vereine.
Schon 1994 und 1995 wurde eine neue Sporthalle in den Finanzplan aufgenommen. Leider konnte das Projekt aber wegen fehlender Finanzen nicht in Angriff genommen werden. Doch nun hat sich das Blatt zum Guten gewendet. Die Finanzierung ist dank den Rückstellungen in den Jahren 2005 bis 2008, durch den grosszügigen Beitrag der Jakob und Emma Windler – Stiftung sowie durch Beiträge aus dem Sporttotofonds und durch den Kantonsbeitrag an Schulbauten gesichert. Es verbleiben lediglich 1,45 Millionen Franken, die über die ordentlichen Abschrei- bungen finanziert werden müssen. Im Namen der bürgerlichen Fraktion, aber auch der zukünftigen Benützer dieser Halle, Vereinen aller Art und Schülern, bedankt sich Ursula Knecht ganz herzlich bei der Jakob und Emma Windler - Stiftung. Die Fraktion ist erfreut darüber, dass die Finanzierung der geschätzten Baukosten, immerhin 11,5 Millionen Franken, steht und wir nach Zustimmung zum Kredit durch hoffentlich alle Einwohnerräte und das Volk mit der Planung der Sporthalle und der Aussenanlagen beginnen können.
Die von Herrn Deggeller vorgeschlagene Halle passt sehr gut an den vorgesehenen Standort. Der Zugang erfolgt einerseits vom Pausenplatz her, andererseits auch von der Klingenstrasse. Es entsteht eine lichtdurchflutete Anlage, die bergseits weniger hoch in Erscheinung tritt als die alte Turnhalle. Damit wird auf die angrenzenden Wohnbauten Rücksicht genommen.
Wichtig ist auch, dass ein provisorischer Terminplan vorliegt. Dies ermöglicht den durch den Neubau Betroffenen, ihren Turnbetrieb frühzeitig anderweitig zu planen. Der Terminplan zeigt auf, wie viel Zeit verfliesst, bis die neue Halle steht. Schule und Vereine freuen sich, wenn die Sporthalle umgesetzt werden kann und im Herbst 2013 zur Verfügung steht. Es handelt sich um eine Investition, die auch unseren Bewohnerinnen und Bewohnern zu Gute kommt.
Die bürgerliche Fraktion befürwortet Eintreten, wird sich aber bei der Detailberatung nochmals zu Wort melden.

Richard Schlatter, Pro Stein erinnert an die von seiner Fraktion am 24. Oktober 2005 eingereichte Motion, welche eine Erneuerung der Sporthalle verlangte. Leider wurde diese damals nicht erheblich erklärt. Die Pro Stein ist erfreut darüber, dass jetzt viereinhalb Jahre später bereits ein Planungskredit gesprochen werden kann und die Finanzierung des Vorhabens gesichert ist, nicht zuletzt dankt grosszügigen Beiträgen der Windler – Stiftung und des Kantons.
Zwei Aspekte führten in der Fraktionssitzung zu Diskussionen. Gemäss dem vorgeschlagenen Terminplan verfügen wir während zwei Winterhalbjahren über keine Halle für die Schule und die Vereine. Es wäre besser, mit der Arbeit im Sommer zu beginnen. Zudem drängt sich für dieses grosse Vorhaben ein Projektmanagement auf. Er wird in der Detailberatung darauf zurückkommen.
Die Fraktion ist glücklich über die Vorlage. Sie befürwortet Eintreten und wird zustimmen.

Jörg Derrer, SP berichtet, seine Fraktion sei erfreut über die attraktive Lösung, welche es Stein am Rhein ermöglicht, den Vereinen gute Trainingsmöglichkeiten zu bieten und interessante Veranstaltungen hierher zu bringen. Dank den vorhandenen

Rückstellungen und der Windler – Stiftung können wir uns die Halle leisten. Die SP dankt der Windler – Stiftung für ihren grosszügigen Beitrag. Sie tritt ebenfalls auf die Vorlage ein und wird ihr zustimmen.

Stadtpräsident Franz Hostettmann verweist bezüglich der Parkplatz – Problematik auf den der Vorlage beigelegten Situationsplan, welcher über die Parkierungsmöglichkeiten Auskunft gibt. Neu steht ausserhalb der Geschäftszeiten das Parkhaus der Migros zur Verfügung.

Der Rat beschliesst einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.

Detailberatung

Richard Schlatter, Pro Stein teilt mit, die Baufachleute in seiner Partei hätten ihn überzeugt, dass für ein öffentliches Projekt in dieser Grössenordnung ein Projektmanager einzusetzen sei. Seine Aufgabe ist es, die Kommunikation zwischen der Stadt als Bauherrin einerseits und dem Architekten und seinen Planern andererseits zu verbessern. Auch obliegen ihm die Überwachung und die Koordination der Arbeiten, und er übernimmt gewisse Planungsarbeiten. Damit kann die Bauzeit verkürzt, es können die Kosten und die Vorgaben des Kantons besser eingehalten werden, und die Qualität wird sicher eingehalten. Der Projektmanager könnte der Baukommission angehören, könnte sie vielleicht sogar leiten. Der Bauherrenvertreter erfüllt nur die Vorgaben des Bauherrn, der Projektmanager ist ganzheitlich tätig, kennt die Aufgabe und die Idee des Bauherrn. Die Kosten dürften etwa 25'000 bis 30'000 Franken betragen, wobei diese aber mehr als eingespart werden. Sie sind so tief, weil gewisse Honorare der Planer wegfallen, da dies der Projektmanager übernimmt. Zudem entlastet er den Stadtrat. Bei den letzten grossen Aufgaben wie Asyl und Burg stammten Architekten und Bauführer aus der Region, waren mit Handwerkern und Behörden vertraut. Mit Herrn Deggeller kommt ein neuer Mann ins Spiel, der mit unseren Leuten noch nicht so vertraut ist. Wir haben alles Interesse daran, dass der Zeitplan eingehalten wird, damit Schulen und Vereinen möglichst bald wieder eine Halle zur Verfügung steht. Richard Schlatter bittet den Stadtrat, diese Anregung zu prüfen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** ist bereit, sie aufzunehmen. Wir brauchen aber auch eine starke Baukommission und einen sehr guten Bauführer.
Sabine Breitenmoser, SP erkundigt sich, ob das Planungscontrolling durch den Projektmanager abgedeckt sei, was **Richard Schlatter** bejaht. Allerdings muss er dazu bereits in der Planungsphase mit einbezogen werden.
Rolf Oster, SP würde eine Tiefgarage für Anlässe und als Parkplätze für die Lehrer begrüssen. Dann wären aber auch an der Grossen Schanz Gratis – Parkplätze für die Lehrer zu schaffen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, eine Tiefgarage sei nicht eingeplant, wurde aber in der Kommission diskutiert und nur als Option in die Vorlage aufgenommen. In einigen Jahren könnte zudem eine feste Bühne angebaut und nachträglich eine Tiefgarage angefügt werden.
Richard Schlatter, Pro Stein kommt auf sein Anliegen zurück. Er bittet, den Terminplan so zu legen, dass mit dem Bau bereits im nächsten Sommer begonnen werden kann.
Stadtschreiber Stephan Brügel erklärt, der Antrag müsse wie folgt ergänzt werden: „Dieser Kredit obliegt dem obligatorischen Referendum.“

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

1. **Der Planungskredit von Fr. 605'000.- für die Erarbeitung des Bauprojektes zur Realisierung einer Dreifachhalle auf dem Areal Hopfengarten wird bewilligt.**
2. **Dieser Kredit unterliegt dem obligatorischen Referendum.**

35 00.35.010 BAU, Tiefbau, Gemeindestrassen
00.35.020 BAU, Tiefbau, Kantonsstrassen
09.15.000 VERKEHR, Strasse, Parkplätze
Chirchhofplatz, Sanierung – Volksmotion: Genehmigung Bericht und Fristverlängerung

Stadtpräsident Franz Hostettmann erläutert und ergänzt die ausführliche stadträtliche Vorlage. Zur Ausgangslage fügt er an, mit dem Erstunterzeichner Klaus Hagmann sei eine sehr gute, konstruktive Zusammenarbeit möglich gewesen. Er unterstützte den Stadtrat bei der Ausarbeitung der Vorlage. Für die Projektanpassung wurde beim Planungsbüro Planimpuls Kiefer AG eine Offerte eingeholt. Demgemäss belaufen sich die Kosten auf 21'000 Franken. Der Stadtrat hat den Kredit bereits bewilligt.
Bei der Finanzierung ergeben sich Probleme. Der Kanton hat für dieses Vorhaben 65'000 Franken zurückgestellt. Das reicht nicht und muss daher neu verhandelt werden. Ferner muss das Projekt nochmals dem Stiftungsrat vorgelegt werden, um zu ermitteln, welchen Beitrag die Windler – Stiftung jetzt leistet.
Weiter hat sich der Stadtrat mit dem Motionär darauf geeinigt, dass für die Sanierung des Chlosterhofs eine separate Vorlage erstellt wird. Als nächstes wird der Planer nochmals ein Gespräch mit dem Erstunterzeichner führen, und der Stadtrat muss mit dem Kanton und der Stiftung verhandeln. Er hofft, am 18. Juni den Kreditantrag für die Sanierung des Chirchhofplatzes und bereits am 9. April denjenigen für die Sanierung des Chlosterhofs stellen zu können, wenn bis dahin die Finanzierung sichergestellt werden kann. Das braucht manchmal mehr Zeit. Die Volksabstimmung ist für den 28. Oktober 2010 vorgesehen, damit gegebenenfalls im Winter 2010 noch begonnen werden kann. Franz Hostettmann bittet, der Fristverlängerung zuzustimmen.

Eintretensdebatte
Aus Sicht der bürgerlichen Fraktion, erklärt **David Hilty, FDP** geht es bei dieser Vorlage um zwei Punkte:

1. Der Stadtrat will mit der Vorlage aufzeigen, was bisher unternommen wurde.
2. Der Stadtrat braucht zur Ausarbeitung der Kreditvorlage eine Fristver- längerung.

Die Unterlagen zeigen auf, dass mit dem Erstunterzeichner der Volksmotion die Unterlagen überarbeitet und die sinnvollen Anregungen in das neue Projekt übernommen wurden.
Die Fraktion wird darauf eintreten und mit einer kleinen Änderung voraussichtlich auch zustimmen.

André Ullmann, Pro Stein berichtet, seine Fraktion sei mit der Fristverlängerung einverstanden, bringe aber zum Bericht Anmerkungen an. Sie begrüsst es, dass der Stadtrat noch einmal Bericht erstattet und die Meinung des Einwohnerrates einholt,

denn die Volksabstimmung ergab ein klares Nein. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, den Umfang des Projektes abschliessend festzulegen.

Zum Projektumfang: Hier wurden gegenüber der Volksmotion Ergänzungen und Abstriche vorgenommen. Grundsätzlich ist die Pro Stein mit beiden einverstanden. Sie begrüsst insbesondere, dass in Absprache mit dem Volksmotionär Im Bereich Sanierung und Unterhalt Ergänzungen vorgenommen wurden, so bei den Werksleitungen, speziell beim Wärmeverbund, sowie beim Strassenbelag und beim Gehbereich. Wenn auf dem Chirchhofplatz überhaupt bauliche Massnahmen getroffen werden, muss die Sanierung gegenüber der Verschönerung klar in den Vordergrund gestellt werden. Die Sanierung des Chlosterhofs in einem separaten Projekt macht Sinn, weil dort mit den Anwohnern Besonderheiten zu regeln sind.

Die Fraktion geht davon aus, dass die Gesamtkosten für diese stark abgespeckte, realistischere Sanierung des Chirchhofplatzes dennoch über 600'000 Franken kosten wird und die Vorlage daher erneut dem Volk vorgelegt werden muss. Um bei dieser Abstimmung ein abschliessendes Resultat zu erhalten und weil auch in der Fraktion zwei grundverschiedene Meinungen bestehen, wird die Pro Stein darauf hinwirken, dass der Stimmbürger über eine Variante ohne und eine solche mit Längsparkierung entlang der Kirche abstimmen kann. So wie André Ullmann das verstanden hat, enthält die stadträtliche Vorlage, welche auf der Volksmotion basieren muss, die Variante ohne Längsparkierung. Der Einwohnerrat kann dann die Variante mit Längsparkierung beschliessen. Das erfolgt zwar erst wenn der Stadtrat den Baukredit vorlegt. Die Pro Stein bittet den Stadtrat jedoch, bei der Ausarbeitung der Vorlage diese Variante bereits zu berücksichtigen.

Neben den Parkplätzen entlang der Kirche werden bei der Volksabstimmung auch die Gesamtkosten eine wichtige Rolle spielen. Die Fraktion ist daher gespannt darauf, welche Unterstützung der Stadtrat bei der Finanzierung durch den Kanton und die Windler – Stiftung erhält.

Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird den Anträgen zustimmen.

Rolf Oster, SP befürwortet beide Aspekte, Bericht und Fristverlängerung. Die SP unterstützt wie die Volksmotion in erster Linie den Langsamverkehr. Richtig ist es auch, die Leitungen zu integrieren, insbesondere diejenige des Wärmeverbundes. Die Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr zustimmen.

Stadtpräsident Franz Hostettmann erklärt, der Stadtrat werde sich beim Kreditantrag an die Vorgaben der Volksmotion halten und dem Einwohnerrat die Vorlage ohne Parkplätze vorlegen. Der Rat hat dann die Möglichkeit, einen Gegenvorschlag zu verlangen. Wenn er weiss, dass dieser Antrag erfolgen wird, kann er sich darauf vorbereiten, damit Zeit gespart werden kann.

Eintreten ist unbestritten. Es folgt die

Detailberatung

Zu Seite 5 merkt **Werner Käser, FDP** an, er stimme nur dem Bericht zu, nicht aber der Vorlage.

André Ullmann, Pro Stein kommt auf sein Eintretensreferat zurück. Die Fraktion gedenkt, bei der Vorlage einen Gegenvorschlag einzubringen. Wünscht der Stadtrat darüber eine Konsultativabstimmung? **Stadtpräsident Franz Hostettmann** verneint.

Stadtschreiber Stephan Brügel weist darauf hin, dass die Variantenabstimmung nur im kantonalen Wahlgesetz, nicht aber in der Stadtverfassung verankert ist. Die Motion Arthur Cantieni nimmt dieses Thema auf; jetzt hängt es davon ab, wie schnell der Einwohnerrat arbeitet.

Stadtpräsident Franz Hostettmann dankt den Motionären für die angenehme Zusammenarbeit und für ihre Bereitschaft, bei der weiteren Planung ihre Ideen einzubringen.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

1. **Der Bericht des Stadtrates wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
2. **Die Frist für die Unterbreitung der angepassten Kreditvorlage wird um zwölf Monate verlängert.**

36 00.15.025 BAU, Raumplanung, Ortsplanung
Initiative „Auch Vor der Brugg", Umsetzung: Genehmung Rahmenkredit

Stadtpräsident Franz Hostettmann erläutert und ergänzt die stadträtliche Vorlage. Insbesondere weist er darauf hin dass, wenn der Einwohnerrat dem Bericht und dem Kredit nicht zustimmt, trotzdem eine Volksabstimmung über die Volksmotion durchgeführt werden muss.
Die Verhandlungen in der Arbeitsgruppe zeigten bald einmal auf, dass Vieles auf mangelhaften Unterhalt zurückzuführen ist. Das veranlasste den Stadtrat, ein Unterhaltskonzept ausarbeiten zu lassen.
Der Bundesrat hat den behindertengerechten Ausbau der Bahninfrastruktur noch weiter hinausgeschoben. Die SBB zeigte sich kooperativ. Ein Gesprächstermin steht bereits fest. Wir sind angewiesen auf gute Zusammenarbeit mit dem Unternehmen. Die Bahn wird einen grossen Teil der Kosten für eine neue Unterführung, rund 4,8 Millionen Franken, übernehmen müssen. Das Areal rund um den Bahnhof ist aber nicht im Besitz der Stadt, sondern der SBB und der Post. Der Stadtrat ist erfreut, dass der Bahnhof saniert wird.
Im Bericht sind auch die Sofortmassnahmen aufgelistet. Bei den übrigen Massnahmen muss jetzt die Planung auf Stufe Vorprojekt aufgenommen werden. Dazu muss mit den SBB verhandelt werden, auch darüber, wie weit sie einzu- beziehen sind. Sofortmassnahmen wie Blumenschmuck oder Weihnachts- beleuchtung dagegen können bald umgesetzt werden.
Dann erklärt Franz Hostettmann, wie der Betrag errechnet wurde. Er hat ein nur für internen Gebrauch bestimmtes Arbeitspapier verfasst, in welchem er einerseits die Sofortmassnahmen, andererseits die zu planenden Massnahmen auflistet. Bei letztern sind nur die Kosten für ein Vorprojekt eingesetzt. Sämtliche Kosten basieren auf groben Schätzungen. Deshalb konnte das Papier nicht in die Vorlage aufgenommen werden. Der Stadtrat würde sich freuen, wenn der Einwohnerrat den Anträgen zustimmt. Vor der Brugg verdient aus Sicht des Stadtrates eine Aufwertung. Er dankt der Arbeitsgruppe für die intensive Arbeit.

Eintretensdebatte

Werner Käser, FDP führt aus, die bürgerliche Fraktion habe die Vorlage für den Rahmenkredit eingehend diskutiert. Sie ist sich bewusst, dass Vor der Brugg etwas geschehen soll. In den Unterlagen vermisst sie aber konkrete Angaben, wieviel Geld für welche Projekte ausgegeben werden soll. Die Fraktion wird auf die Vorlage eintreten, hofft aber sehr, dass der Stadtrat die fehlenden Angaben nachliefert. In den anderen beiden Fraktionen sollen sie nachgeliefert worden sein, in der bürgerlichen

Fraktion sind sie nicht eingetroffen. Er wäre daher froh, wenn in der Detailberatung die Aufteilung bekannt gegeben würde.

André Ullmann, Pro Stein erklärt, die Fraktion sei ganz klar der Meinung, dass Vor der Brugg etwas geschehen müsse. Sie ist grundsätzlich bereit, dafür Hand zu bieten. Sie hatte aber Probleme damit, anhand der Vorlage einem Rahmenkredit zuzustimmen, in welchem nur die Details grob erklärt sind, jegliche finanziellen Folgen aber fehlen.
Zwischenzeitlich hat der Stadtpräsident detaillierte Informationen betreffend Spezifikationen und zu erwartende Kosten nachgereicht. Deshalb wird die Pro Stein doch auf die Vorlage eintreten. Grundsätzlich ist auch sie daran interessiert, dass Vor der Brugg im sinnvollen und machbaren Rahmen eingebunden wird. Die nachgelieferte Kostenübersicht basiert zwar nicht auf Offerten, aber sie erlaubt eine Zuordnung der Kosten mit einer Genauigkeit von +/-25%. Aus diesen Informationen ist ersichtlich, dass von den 600'000 Franken 250'000 auf die Sofortmassnahmen und rund 350'000 auf die diversen Planungen entfallen.

Die aufgelisteten Sofortmassnahmen begrüsst die Pro Stein grundsätzlich. Es ist richtig, dass diese erkannten Verbesserungs- und Aufwertungsmöglichkeiten rasch an die Hand genommen werden. Hier betont die Fraktion und regt an, dass das Unterhaltskonzept ebenfalls in die Liste aufgenommen wird. Der verbesserte Unterhalt wurde von den Kommissionsmitgliedern klar als prioritär eingestuft. Die Fraktion ist sich bewusst, dass dieses Konzept nicht nur für Vor der Brugg erstellt wird, dennoch sollte es klar in einer allfälligen Vorlage erscheinen, damit die Stimmbürger erkennen, dass auch diesem Anliegen Rechnung getragen wird. Den Betrag für diese Sofortmassnahmen erachtet die Pro Stein als angemessen und kann ihm zustimmen.

Anders verhält es sich bei den Planungen. In den Detailunterlagen ist von 13 verschiedenen Planungen die Rede, welche alle bis auf Stufe Vorprojekt vorangetrieben werden sollen. Allein dafür sind rund 350'000 Franken vorgesehen. Erst dann soll eine Priorisierung der Projekte erfolgen. Diese Reihenfolge erachtet die Pro Stein als falsch. Sie ist nicht bereit, für 13 Bauprojekte Planungen zu erstellen, von denen dann auf Grund der errechneten Baukosten nur zwei bis drei in absehbarer Zeit verwirklicht werden können. Die Pro Stein erwartet dazu eine Aussage und wird je nachdem dann einen Gegenantrag stellen.

Für die **SP**, berichtet **Sabine Breitenmoser**, ist es unbestritten, dass im Ortsteil Vor der Brugg in mancherlei Beziehung dringender Handlungsbedarf besteht. Es geht unter anderem um verbesserte und sichere Fusswege, auch Schulwege, was allen zugute kommt. Es geht um berechtigte Forderungen dieser Quartiere, aber auch um eine Wertschätzung und um die Lebensqualität seiner Bewohner, was der ganzen Gemeinde zugute kommt. Daneben geht es auch um die Attraktivität und den ersten Eindruck unseres Städtchens, denn viele Besucher kommen Vor der Brugg an. Das alles dürfte unterdessen jedem politisch Engagierten klar sein. Eine der wichtigsten Fussgängerverbindungen von den Quartieren zur Altstadt ist die Bahnhofunter- führung. Deren Sanierung wird wegen den anspruchsvollen Verhandlungen mit den SBB längere Zeit beanspruchen.

In seinem Bericht zeigt der Stadtrat nun auf, was ohne Zustimmung durch die SBB und die Post machbar ist, nennt die realisierbaren und die ebenso wichtigen Sofortmassnahmen und die Planung einzelner Bauvorhaben. Das ist begrüssenswert.

Genau das ist auch das Besondere an der Initiative „Vor der Brugg“. Es geht nicht um die Verwirklichung eines einzelnen Objekts, sondern um einen ganzen Massnahmenkatalog. Deshalb führt kein anderer Weg an einem Rahmenkredit vorbei. Es

liegt nahe, diesen in einem vernünftigen Verhältnis aufzuteilen in Sofortmassnahmen, die rasch umgesetzt werden, und in die Finanzierung von Planungen für die Neugestaltung der Charregass, der Bahnhofstrasse und später, wenn die Finanzierung sichergestellt werden kann, der Bahnhofunterführung. Durch die Rückstellung von 500'000 Franken ist ein Grossteil des beantragten Rahmenkredits bereits abgesegnet. Nachdem die Kommission entsprechende Vorschläge ausgearbeitet hat, wäre es unsinnig, über jede einzelne Massnahme, quasi über jeden Blumentopf abzustimmen. Wichtig ist, dass die Kommission weiterhin tagt, die Arbeiten begleitet und wo nötig auch wieder neue Impulse gibt. Das professionelle Vorgehen der Arbeitsgruppe ist lobenswert, hat sie doch

- umfassende Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt;
- die Einwohnerinnen und Einwohner von Vor der Brugg mit einbezogen;
- sich auf das Machbare fokussiert und Prioritäten gesetzt;
- Konzepte erstellt
- und stellt im vorliegenden ausführlichen Bericht konkrete Massnahmen vor.

Im Namen der SP dankt Sabine Breitenmoser den Mitgliedern der Arbeitsgruppe dafür.

Der Bericht zeigt der Fraktion, dass der Rahmenkredit sinnvoll und verantwortungsbewusst eingesetzt wird. Natürlich braucht es ein Minimum an Vertrauen in den Stadtrat und die begleitende Kommission. Angesichts der bereits erfolgten und der noch geplanten grossen Investitionen „Hinter der Brugg“ ist der im Moment vorgesehene Betrag für „Vor der Brugg“ sicherlich zu verantworten. Nach den bisherigen politischen Schritten würde kaum jemand aus der Bevölkerung eine Ablehnung der Vorlage verstehen. Die SP befürwortet Eintreten.

Stadtpräsident Franz Hostettmann erklärt, auch der bürgerliche Vertreter in der Kommission habe die Unterlagen erhalten. Die Kommissionssitzung konnte wegen den Sportferien erst letzte Woche stattfinden.

Der Stadtrat teilt André Ullmanns Ansicht bezüglich des Zeitrahmens für die Vorprojekte. Dieser dauert mehrere Jahre und muss auf die Bedürfnisse und die finanziellen Möglichkeiten der Stadt ausgerichtet werden. Zudem werden die einzelnen Massnahmen im Einwohnerrat nochmals diskutiert. **André Ullmann** entgegnet, auf Seite 1 sei festgehalten, dass sämtliche Handlungsfelder auf den Planungsstand eines Vorprojektes zu bringen seien. Das Setzen von Prioritäten wird erst unter Punkt 2 genannt. Doch für **Franz Hostettmann** ist dieses Papier nicht sakrosankt.

Franz Marty, CVP wird auf die Vorlage nicht eintreten. Die Sofortmassnahmen wie Fussgängerführung, Blumenschmuck, Weihnachtsbeleuchtung etc. liegen in der Kompetenz des Stadtrates. Er weiss, dass hinter den Kulissen diskutiert wurde, wie eine Volksabstimmung umgangen werden könnte. Wenn aber eine Abstimmung angesetzt wird, freut er sich schon heute auf den Abstimmungskampf. Auf Rückfrage des Ratspräsidenten bestätigt er, dass sein Votum als Antrag auf Nichteintreten zu verstehen sei. **Rolf Oster, SP** erwidert, gerade weil Vor der Brugg jahrelang vernachlässigt worden sei, sei die Volksmotion eingereicht worden. In diesem Stadtteil lebt ein erklecklicher Teil unserer Bevölkerung, und diese hat Anrecht auf eine gewisse Wertschätzung. Die Massnahmen stammen aus der Initiative. Eine Zustimmung durch den Einwohnerrat ist wichtig, denn damit kann er zeigen, dass er auch der Bevölkerung Vor der Brugg eine gewisse Wertschätzung entgegenbringt und sie unter-

stützt. **Urs Weibel, SP** entgegnet Franz Marty, es werde nicht Geld verplant, sondern eingesetzt. **Franz Marty** entgegnet, er habe in der Kommission Ortsplanung mitgearbeitet. Die hier vorgesehenen Massnahmen wurden damals schon in einem Grundsatzpapier erarbeitet. Im Zusammenhang mit dem Verkehrsleitbild wurde das Gleiche nochmals diskutiert, ein drittes Mal in der Arbeitsgruppe vor der Brugg mit Herrn Booth. Jetzt wurden 50'000 Franken ausgegeben, 25'000 davon für ein Unterhaltskonzept. Die weiteren 75’000 Franken hätten gespart werden können. Er vermutet, die Vorlage werde vom Einwohnerrat angenommen, dann werde die SP die Initiative zurückziehen, und damit sei der Fall erledigt. Er bittet die Einwohnerräte, die sonst Sparen befürworten, die Vorlage abzulehnen; dann kann das Volk die Initiative beerdigen.

Der Rat beschliesst mit 10 gegen 1 Stimme Eintreten auf die Vorlage.

Zum Bericht der Arbeitsgruppe wird das Wort nicht verlangt.

Detailberatung

Werner Käser, FDP kommt auf die fehlenden Zahlen zurück. Offensichtlich ist das ein internes Problem der bürgerlichen Fraktion, verursacht wahrscheinlich durch die Erkrankung von Werner Schmid. Er bittet daher den Stadtrat, in Zukunft alle nachträglichen Informationen allen Einwohnerräten zuzustellen.

Rolf Oster, SP bittet den Stadtrat, auf die SBB zuzugehen, damit wir mit der Unterführung vorankommen. Er hat Verständnis dafür, dass die Stadt sich schwer tut mit der Finanzierung von Bauten auf privatem Grund. Aber am Steiner Bahnhof steigen jährlich rund eine halbe Million Menschen ein oder aus. Die SBB vernachlässigt Stein am Rhein. Daher gebührt dem Stadtrat Dank dafür, dass er die Planung einer neuen Unterführung forciert.

André Ullmann, Pro Stein glaubt, der Rahmenkredit werde bei der Volksabstimmung thematisiert. Im Interesse der Transparenz sollte zumindest erwähnt werden, wie viel Geld für Sofortmassnahmen und wie viel für Planung eingesetzt wird; eventuell könnte sogar über zwei Kredite abgestimmt werden. **Stadtschreiber Stephan Brügel** wendet ein, es gehe um eine Initiative, welche Massnahmen und einen angemessenen Planungskredit verlangt. Da ist nur Zustimmung zur oder Ablehnung der ganzen Vorlage möglich. **Urs Weibel, SP** bietet Hand zu einer Formulierung, welche beide Zahlen nennt. Aber wir brauchen den Rahmenkredit, auch für die Gespräche mit der Post und der Bahn. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** ist ebenfalls dazu bereit. Der Rahmenkredit ermöglicht auch Sofortmassnahmen. **David Hilty, FDP** regt an, die Aufteilung der Summe in einem Nebensatz des Antrags aufzunehmen. **Stadtschreiber Stephan Brügel** erklärt, das sei möglich. Daraufhin wird der Antrag wie folgt formuliert:

Zustimmung zum Rahmenkredit von Fr. 600'000.- wobei für die Umsetzung von Sofortmassnahmen Fr. 250’00.- und für die Planung einzelner Vorprojekte Fr. 350'000.- eingesetzt werden.

Franz Marty, CVP wendet ein, es gebe trotz Rückzug der Volksinitiative eine Volksabstimmung.

Der Einwohnerrat beschliesst mit neun ja -, einer nein - Stimme und einer Enthaltung:

1. **Zustimmung zum Bericht zur Volksinitiative „Auch vor der Brugg“.**
2. **Zustimmung zum Rahmenkredit von Fr. 600'000.-, wobei für die Umsetzung von Sofortmassnahmen Fr. 250’00.- und für die Planung einzelner Vorprojekte Fr. 350'000.- eingesetzt werden.**
3. **Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung durch die Stimmberechtigten.**

Ernst Böhni erklärt, die Vorplanungskosten betrügen in der Regel rund vier Prozent der Kosten des effektiven Projekts, die Planungskosten rund acht bis zehn Prozent.

Hier schaltet **Ratspräsident Arthur Cantieni** fünf Minuten Pause ein.

37 01.05.010 ERZIEHUNG, Personelles und Material, Mobiliar, EDV Erneuerung der ICT-Enrichtung an den Schulen: Kreditgenehmigung

Schulreferentin Heidi Schilling ergänzt die stadträtliche Vorlage.
Im Voranschlag 2010 wurde angekündigt, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreiten wird für die Erneuerung der ICT Einrichtungen an den Schulen. Die Abkürzung ICT steht gemäss einem Strategiepapier der EDK für „Information and Communication Technology“.
Im 2005 wurden die Primar- und die Oberstufe mit Hard- und Software ausgerüstet. Die Vorgaben beruhten auf einem kantonalen Konzept aus dem Jahre 1999. In der Zwischenzeit passte der Kanton das Konzept den heutigen Erwartungen an. Im aktuellen Konzept, welches vom Erziehungsrat im Oktober 2008 in Kraft gesetzt wurde, wird besonderer Wert gelegt auf die Inhalte des Unterrichts. Es ist genau festgelegt, welche Kompetenzen in welchem Alter erfüllt werden müssen.
Zu Primarschule und Kindergarten:
Heutzutage verfügen immer mehr Haushalte über einen Computer. Dies bedeutet, dass die Kinder damit im privaten Bereich Erfahrungen machen. Der Kenntnisstand der Schüler ist aber sehr unterschiedlich. Die einen wissen gar nichts, andere können bereits mailen, surfen und chatten. Was aber die wenigsten Kinder kennen ist der Einsatz von Textverarbeitung oder einer Präsentation.
Allgemein gilt, dass nach den neuen Richtlinien die Lehrpersonen die PCs künftig vielfältiger einsetzen können als bisher. Die Schülerinnen und Schüler werden zum Beispiel lernen, im Internet zu recherchieren und Informationen, Bilder und Karten zu bestimmten Themen zu suchen. Daneben wird der Computer weiterhin fürs Online-Lernen und wie bis anhin üblich für die Verwendung von Lernprogrammen eingesetzt. Es ist selbstverständlich, dass diese Lernform auch in den handwerk- lichen Fächern eingesetzt wird. In den Fächern Zeichnen und Werken soll also ebenfalls die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden.
Wie in der Vorlage erwähnt sollen auch die Kindergärten einen Internetzugang erhalten. Dieser ist nicht gedacht für die Kindergartenkinder, sondern für die Lehrpersonen. Die Kindergärtnerinnen sind im Primarschulteam integriert und nehmen am Datenaustausch teil. Für die Schulleitung ist der laufende elektronische Kontakt unum-

gänglich, da Informationen heutzutage an der Schule elektronisch weitergegeben werden.
Allgemein gilt, dass an der Primarschule die mobilen Geräte besser eingesetzt werden können als Feststationen. Deshalb sollen insgesamt 14 Notebooks angeschafft werden. Die vier Mittelstufenklassenzimmer sollen mit einem fix installierten Beamer ausgerüstet werden.
Zur Oberstufe:
Im Gegensatz zur Primarschule, welche die Geräte dezentral einsetzt, wird an der Oberstufe der Informatikraum zu einem unumgänglichen Unterrichtsraum. Er hat sich bewährt und wird intensiv genutzt. Vor allem die elektronischen Prüfungen gehören mittlerweile zum Alltag an einer Oberstufe. Neu ist jedoch, dass an der Oberstufe die Unterrichtsräume und die Spezialräume über einen Lehrer-PC mit Internetzugang und einem fix installierten Beamer verfügen sollen.
Aus der Vorlage geht hervor, dass neu das Tastaturschreiben nicht mehr wie bisher in der 1. Klasse der Oberstufe unterrichtet wird, sondern erst in der 2. oder 3. Klasse. Dies ist ein kantonaler Beschluss. Er ist die Folge der Einführung des obligatorischen Faches ICT in der 1. Klasse der Oberstufe. Somit hat das Tastaturschreiben im Stundenplan der 1. Klasse keinen Platz mehr.
Zu den Kosten:
Angeschafft werden die Geräte verteilt über die nächsten vier Jahre. Für die Budgetierungen wurden Richtofferten eingeholt. Grundsätzlich wurden für einen Computer Fr. 1‘800.- eingesetzt, für einen Beamer Fr. 1‘000.-. Wir wissen, dass die Preise im Elektronikbereich extrem schwanken. Beim Bestellen der Geräte werden diese sorgfältig geprüft, ebenso die Art der Verkabelung zum Zeitpunkt der Beschaffung.
Zusammenfassend entstehen in den nächsten vier Jahren für die Primarschule Kosten von Fr. 75‘400.-, für die Oberstufe Fr. 116‘000.-. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, auf die Vorlage einzutreten und diese gutzuheissen.

Eintretensdebatte

Ursula Knecht, FDP lobt im Namen der bürgerlichen Fraktion die übersichtliche Vorlage mit klarer Aufzählung der Kosten, die durch die Erneuerung der ins Alter gekommenen PCs und durch die Umsetzung des kantonalen Informatikkonzepts entstehen. Richtig erscheint der Fraktion, dass die Erneuerung auf mehrere Etappen aufgeteilt wird. So können die Kosten für die Primarschule auf die nächsten drei und für die Oberstufe auf die nächsten vier Jahre aufgeteilt werden.
Computer und Computerzimmer werden an unseren Schulen in vielen Fächern rege genutzt. Gute Vorkenntnisse im Bereich Informatik, und zwar nicht nur chatten, mailen und surfen, sondern auch die Anwendung der übrigen Software wie Word, Exel, Powerpoint usw. sind für den Berufseinstieg der Jugendlichen heute wichtig, die Investitionen in die Informatik sind sehr wertvoll.
Durch die obligatorische Einführung des Fachs ITC in der ersten Klasse der Oberstufe können die von den Schülerinnen und Schülern benötigten Fähigkeiten und Fertigkeiten für das Berufsleben im Bereich Informatik noch intensiver geschult werden. Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für das Fach Tastaturschreiben.
Je länger je mehr werden Vergleiche des Wissenstandes durch normierte elektronische Tests vorgenommen. Des Weiteren werden immer mehr Lehrmittel durch elektronische Medien ergänzt oder enthalten Übungen und Unterrichts- sequenzen, für die grundlegende fachtechnische ICT – Kenntnisse vorausgesetzt werden. Damit die neuen Medien richtig eingesetzt werden, braucht es die notwendigen Einrichtungen.

Die Vorlage trägt den kantonalen Vorgaben Rechnung, ist durchdacht und die Kosten sind klar ersichtlich. Die bürgerliche Fraktion befürwortet Eintreten und wir bei der Detailberatung noch einzelne Fragen stellen.

Richard Schlatter, Pro Stein berichtet, Computer seien heute ein fester Bestandteil der Schule. Sie veralten sehr rasch. Der Zeitpunkt für einen Ersatz ist daher richtig. In Anbetracht dessen, dass die Schule 45% unseres Haushaltbudgets beansprucht, ist es wichtig, dass sie mit dem Geld haushälterisch umgeht. Es ist daher richtig, die Beschaffung auf vier Jahre zu verteilen und die Zahl der PCs nicht über den kantonalen Durchschnitt anzuheben. Im Budget war nichts vorgesehen, aber die Vorlage war angekündigt worden. Die Fraktion hat daher die Vorlage erwartet. Diese beschränkt sich auf das Notwendige. Wir haben eine transparente Vorlage ohne versteckte Ausgaben. Die Pro Stein befürwortet Eintreten und wird zustimmen.

Sabine Breitenmoser, SP erklärt, ihre Fraktion werde die Vorlage überweisen. Es ist müssig, hier darüber zu philosophieren, wie viel Informatik, Computer und Internet für Kinder und Jugendliche sinnvoll, gut oder vertretbar sei. Es ist aber unbestritten, dass Textverarbeitung heute zum Handwerk gehört. Die SP stützt sich auf das vom Erziehungsrat beschlossene Informatik - Gesamtkonzept ab. Sie ist sich bewusst, dass dieses auch einen wirtschaftlichen Hintergrund hat.
Die Vorlage basiert auf gut recherchierten wichtigen Informationen. Für die Budgetierung wurden verschiedene Richtofferten eingeholt. Die Fraktion geht davon aus, dass Umfang, Art und die Qualität der Computer gut geprüft wurde. Die SP befürwortet Eintreten. Bedauerlich ist, dass diese Anschaffung nicht budgetiert wurde.

Schulreferentin Heidi Schilling entgegnet, der Posten sei im Budget enthalten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Zu Seite 3 bemerkt **Franz Marty, CVP,** die Vorlage spreche von zwei bis drei Rechnern. Das Konzept des Kantons geht lediglich von zwei Rechnern aus. Wie ist das zu verstehen? **Schulreferentin Heidi Schilling** erwidert, der Kanton betrachte zwei bis drei Rechner als Norm. Von den 28 vorhandenen werden nicht alle ersetzt. **Franz Marty** wendet ein, es seien aber auch zwei Klassen weniger. Schaffen wir jetzt pro Zimmer zwei oder drei PCs an? **Heidi Schilling** präzisiert, es würden 14 neue Notebooks angeschafft. **Franz Marty** erinnert an die letzte Vorlage vor fünf Jahren. Damals wurden von der Schule zuerst auch 500'000 Franken verlangt, welche dann auf 240'000 Franken reduziert werden konnten. Der damalige Schulleiter hatte einfach pro Klasse einen PC mehr eingeplant. Auch in anderen Belangen weist die Schule Stein am Rhein mehr pädagogische Konzepte auf als alle anderen Schulen im Kanton. Sie sollte daher beim Kanton vorstellig werden betreffend den Zeitpunkt für das Fach Tastaturschreiben. **Heidi Schilling** berichtet, im Grunde genommen müsste das Fach an der Primarschule unterrichtet werden, aber dort findet es im Moment keinen Platz.

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni verweist auf die vorgerückte Zeit und bittet, die Diskussion auf das Notwendige zu beschränken.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

1. **Der Kredit von Fr. 191'400.- für die Erneuerung der ICT-Einrichtungen und für die Umsetzung des ITC-Konzeptes an den Schulen Stein am Rhein (Kindergärten, Primarschule, Oberstufe) wir bewilligt.**
2. **Die Erneuerung erfolgt in Etappen, und die Kosten sind in den jeweiligen Voranschlag aufzunehmen.**

38 03.35.005 INNERES, Gesetze, Gemeinde
03.20.000 INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
Geschäftsordnung des Einwohnerrates:
Motion zur Teilrevision von Arthur Cantieni – Verschiebung

Der Einwohnerrat hat dazu keine Unterlagen erhalten. **Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni** wurde von seiner Vorgängerin beauftragt, das Geschäft vorzulegen. Das Büro muss auch noch einbezogen werden. Das Geschäft wird auf nächste Sitzung traktandiert.

39 03.15.010 INNERES, Einwohnergemeinde, Büro
Ersatzwahl eines Mitglieds des Büris der Einwohnergemeinde

Sachverhalt

Roman Keller hat mit Schreiben vom 24.01.2010 seinen sofortigen Rücktritt als Mitglied des Büros der Einwohnergemeinde angekündigt.

Mit E-Mail vom 26.01.2010 ersuchte der Stadtschreiber um Wahlvorschläge z. Hd. des Stadtrates, damit die Wahl an der Einwohnerratssitzung vom 26.02.2010 erfolgen kann. Gemäss Art. 14 Verfassung Einwohnergemeinde werden die Stimmenzähler/-innen auf Vorschlag des Stadtrates vom Einwohnerrat gewählt)

Der Stadtrat schlägt dem Einwohnerrat unter Berücksichtigung des Parteienverhältnisses und der gegebenen Ausgangslage

Peter Leibacher, Werkzeugmacher, Hemishoferstrasse 44, Stein am Rhein

zur Wahl vor.

Gemäss Verfassung hat der Stadtrat das Recht, dem Einwohnerrat Vorschläge zu unterbreiten. Er hat per E – Mail Peter Leibacher vorgeschlagen.

In geheimer Wahl wird Peter Leibacher, Werkzeugmacher, Hemishoferstrasse 44, mit 12 Stimmen zum Mitglied des Büros der Einwohnergemeinde gewählt.

40 03.20.000 INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat Allgemeine Umfarge

Rolf Oster, SP dankt dem Stadtrat für die Verbesserung der Beleuchtung des Fussgängerstreifens an der Wagenhauserstrasse. **Franz Marty, CVP** dankt für die bessere Beleuchtung der Bahnhofunterführung. Auch wird dieser Ort von der Stadt regelmässig gereinigt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung 22.00 Uhr

Stein am Rhein, 10. März 2010

Der Protokollführer

Werner Vögeli